

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 1950.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummer 25 M. ; Strotonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discantogel., Zweigl. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Beilagen- oder deren
Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—; Anklam-
zeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auktionsverteilung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluss der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 11

Februar 1923

Wildbad, Montag, den 15. Januar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Die Antwort der Reichsregierung.

Zurückweisung der feindlichen Entstellungen

Die Reichsregierung übermittelte am 12. Januar dem französischen Vorkämpfer und dem belgischen Geschäftsträger in Berlin auf die amtliche Bekanntgabe der Besetzung des Ruhrgebietes folgende Antwort:

Die französische Regierung beschloß, ebenso wie die belgische Regierung ein

Vorgehen gegen das Ruhrgebiet,

die sie als „Entsendung einer Kommission von Ingenieuren und Beamten“ bezeichnet. Die Kommission soll, von Truppen begleitet, die Tätigkeit des deutschen Kohlenfondikats überwachen, die gesamte Durchführung der Programme der Entschädigungskommission sicherstellen und alle für die Bezahlung notwendigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zweck soll sie mit diktatorischer Befugnis ausgestattet sein. Sie soll volle Befehls- und Strafgewalt über das Personal der deutschen Verwaltung und die Vertreter von Industrie und Handel in den besetzten Gebieten erhalten. Sie soll befugt sein, von Verwaltungsstellen, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, von Kaufleuten usw. jede Auskunft zu verlangen und die Büros, Bergwerke, Fabriken, Bahnhöfe und andere Anlagen zu durchsuchen. Nach den der deutschen Regierung von den örtlichen Stellen zugegangenen Meldungen begann inzwischen die Durchführung dieser Ankündigung.

Französisch-belgische Truppen zogen in großer Stärke in voller kriegsmäßiger Ausrüstung in das Ruhrgebiet ein.

Die französische Regierung gründet ihre Aktion auf die Feststellung der Kommission über den Stand der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen und beruft sich dabei auf die §§ 17 und 18 der Anlage 2 zu Teil 8 des Friedensvertrags. Zugleich erklärt sie, daß sie augenblicklich nicht an eine Besetzung mit militärischem Charakter denke. Sie glaubt hinzufügen zu sollen, daß sie auf den guten Willen der deutschen Regierung zählen könne, die das größere Interesse habe, die Arbeiten der Kommission und die Unterbringung der Truppen zu erleichtern.

Die deutsche Regierung muß den Schleier zerreißen, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens geworfen hat.

Die deutsche Regierung erklärt, daß die Beschlüsse der Entschädigungskommission und die Vertragsbestimmungen keinerlei Rechtsgrundlage für eine Aktion ins Ruhrgebiet enthalten, daß diese Aktion vielmehr eine Verletzung des Völkerrechts und des Vertrags von Versailles darstellt. Nach den ausdrücklichen Feststellungen der Reparationskommission in der Note vom 21. März würde die Verletzung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nicht anderes als die Forderung von Barzahlungen rechtfertigen, sodas die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund der §§ 17 und 18 in diesem Falle ausgeschlossen ist. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17 und 18 würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen, die dem Wesen und der Bedeutung nach gleichzustellen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen. Das könnten nur Maßnahmen sein, welche die Verbündeten in ihrem eigenen Sphärengebiet durchführen, dagegen nicht Maßnahmen, wie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet, die eine denkbare schwerste Verletzung der deutschen Souveränität beuten. Endlich können etwa nach dem Vertrag zulässige Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an der Kriegsschädigung beteiligten Verbänden beschlossen und nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust getroffen werden. Vergeblich versucht die französische Regierung, die Schwere des Vertragsbruchs dadurch zu verhüllen, daß sie dem Vorgehen eine friedliche Benennung gibt. Die Tatsache, daß die Armeen in kriegsmäßiger Zusammenfassung und bewaffnet die Grenze des unbesetzten deutschen Gebietes überschreiten, kennzeichnet das französische Vorgehen als militärische Handlung.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die französische Regierung als einzigen sachlichen Anlaß zu diesem Vertragsbruch die Tatsache heranzuziehen vermag, daß Deutschland für das Jahr 1922 mit verhältnismäßig geringen Mengen

bei der Lieferung von Holz und Kohle im Rückstand geblieben ist. Nach den ungeheuren Leistungen, die Deutschland in Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens und des Versailler Vertrags unter äußerster Anspannung bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit vier Jahre bewirkte, genügen diese geringfügigen Rückstände der französischen Regierung, um mit starkem militärischem Aufgebot in deutsches Gebiet einzudringen und die Hand auf den wichtigsten Besitz deutscher Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hiermit einem wehrlosen Volk angetan wird, vor der ganzen Welt scharfschneidenden Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren, sie ist aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angefohlen wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken.

Sie weist diese Zumutung zurück. Die Verantwortung für alle entsetzenden Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Einmarsch vollzogen. Diese Folgen zeigen sich bereits in einer weiteren Entwertung der Mark und in der sprunghaften Steigerung aller Preise in Deutschland.

Die künftigen wirtschaftlichen und politischen Folgen sind unabsehbar. So lange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch den gewaltsamen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauert, seine tatsächlichen Folgen nicht beseitigt sind, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeiführten.

Die Ministerpräsidenten in Berlin

Berlin, 14. Jan. In der Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten in Berlin am Freitag gaben Reichsminister Dr. Cuno und Reichsminister von Rosenberg eine Schilderung der durch den feindlichen Rechtsbruch geschaffenen Lage. Der bayerische Ministerpräsident gab die Erklärung ab, wie in allen deutschen Ländern, finde auch in Bayern die feste Haltung der Reichsregierung freudige Zustimmung und Unterstützung. Das bayerische Volk sei entschlossen, im Kampf gegen die Schmach, die uns die französische Herrschaft und Raublust antun will, mit der Reichsregierung bis zum letzten auszuhalten. In Bayern hofft man zuversichtlich, daß die Reichsregierung auch auf den stärksten Druck von außen nicht wankend bleibe.

Der Reichswirtschaftsminister brachte zur Kenntnis, welche Maßnahmen die Regierung gegen Luxus und Schlemmerei treffen wird. Die diesbezüglichen Gesetzesentwürfe werden dem Reichsrat und Reichstag sofort zugehen.

Die Diktatur

Essen, 14. Jan. Der Befehlshaber des Brückenkopfes Düsseldorf, General Den vignes und General Simon, halten angeordnet, daß der Regierungspräsident von Düsseldorf, Grünher, ferner die Bürgermeister der besetzten Städte und die Hauptvertreter der Industrie zu Entgegennahme von Weisungen in einer Versammlung in Essen zu erscheinen haben. Krupp, Stinnes und Thyssen erschienen nicht, sondern sandten Vertreter. Den vignes eröffnete, wie die „Überwachung“ der Kohlenförderung gehandhabt werde. Präsident Grünher erklärte, er habe keine Befugnis, für das Kohlenyndikat Anordnungen zu erlassen, er könne also an der Durchführung der französischen Verordnung über die Kohlenlieferung nicht mitarbeiten. Die französische Regierung werde sich an die Reichsregierung wenden müssen. Der General erwiderte, die Weisungen haben allein Besatzungsbehörden Folge zu leisten. Der Präsident eruchte um schriftliche Bestätigung dieses Befehls. Den vignes gab bekannt, daß die Verbandsingenieure sofort mit den Werksleitungen in Verbindung treten und vor allem von den Büros den Nachweis über die Kohlen- und Eisenerzeugung des Jahres 1921 im Verhältnis zu der des Jahres 1913 sich verschaffen werden. Präsident Grünher legte gegen das Vorgehen der Franzosen Verwahrung ein. Die Werksdirektoren wiesen darauf hin, daß sie von französischer Seite zu Kohlenlieferungen gezwungen werden, während die Reichsregierung dafür keine Rechnungen leiste. Den Werksleitungen stehen somit keine Mittel zur Verfügung, um die Löhne auszubehalten, was ohne Zweifel ernste Folgen haben werde.

Die französischen Rheinlanonenboote sind aus Hamdon im Ruhrortier Hafen eingetroffen.

Aus dem Ruhrgebiet

Düsseldorf, 14. Jan. Der französische General De g o n n e erklärte einem englischen Berichterstatter, die vom französischen Generalstab weiter vorbereiteten Pläne werden nur zur Ausführung kommen, wenn die Verbündeten von Deutschland „herausgefordert“ würden oder wenn die deutsche Reichsregierung „gewaltsame Befehle“ erteile oder die Bevölkerung feindselige Handlungen begebe.

Am Lauf des Freitags sind weitere Truppen eingetroffen. Der französische Oberkommissar der Rheinprovinz, T i r a r d, hat die Verfügung der Reichsregierung, daß an die vertragsbrüchigen Staaten keine Kohlen mehr geliefert werden dürfen, für null und nichtig erklärt, da sie kein Recht habe, im besetzten Gebiet Befehle zu geben. Tirard befahl, daß alle geforderte Kohle in erster Linie den Verbündeten zugewiesen werden.

Essen, 14. Jan. Die vier Bergarbeiterverbände mahnen in einem Aufruf zu Ruhe und Besonnenheit; sie schließen sich dem allgemeinen Einspruch gegen die Besetzung an.

Von sämtlichen Kohlengruben des Ruhrgebiets ist bis jetzt fast die Hälfte besetzt.

Die Hauptverwaltung der Reichseisenbahn, der die Kohlenbeförderung untersteht, ist von Essen nach Elberfeld verlegt worden.

Die Besatzungsbehörden haben im Untereichsgebiet die Abhaltung von Trauerfeiern verboten.

Der Brostoff als Köder

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich der „Vorwärts“ mit den durch die Auslandspresse bekannt gewordenen Absichten der Franzosen, die Bewohner der neubefetzten Gebiete durch reichlichere und billigere Versorgung mit Lebensmitteln mit dem Rechtsbruch auszuföhnen. Auf welche wackligen Füßen solche Versprechungen stehen, wird schlagend nachgewiesen durch die bisherigen „Erfolge“ einer derartigen Lebensmittelpolitik im altbesetzten Gebiet, sofern alle Lebensmittel im besetzten Gebiet erheblich teurer sind als im übrigen Reich. Ueberhaupt wird die Zumutung, daß deutsche Arbeiter sich durch Kellermehlkuchen und Bettelbrot für eine Billigung der französischen Pfänderepolitik und des fortgesetzten Vertragsbruchs bereisfinden sollen, daß genug von der Ruhrarbeiterchaft selbst gehörend gemündigt werden.

Nach dem Daily Express erwartet man in London, daß die Franzosen die Besetzung insbes. auf das ganze Ruhrgebiet einschließlich Bochum ausdehnen werden.

Poincaré geht aufs Ganze

Paris, 14. Jan. Die Entschädigungskommission wird die Entschädigung über das frühere deutsche Frigidat auf Ende Januar vertragen. Inzwischen soll nach dem „Echo de Paris“ ein fester Plan für einen Zahlungsausschub mit bestimmten Pfändern aufgestellt werden, der möglicherweise die Befehlagnahme aller Produktionsmittel im Ruhrgebiet und im Untereichsgebiet umfassen soll.

Rundgebung in München

München, 14. Jan. Wegen den französischen Einmarsch veranstaltete die nationalsozialistische Partei zahlreiche Versammlungen, die von Jehntausenden besucht waren. Darauf zog die Menge vor die Hotels, wo die feindlichen Kommissionen wohnen und veranstaltete gewaltige Kundgebungen. Die Regierung ermahnt zur Ruhe. Für die Verbandskommissionen wurde ein besonderer Polizeischutz eingerichtet.

England wartet weiter ab

London, 14. Jan. Die britische Regierung hat den deutschen Einspruch gegen das französisch-belgische Vorgehen zur Kenntnis genommen. Sie wird zunächst keine Antwort geben, sondern die weitere Entwicklung abwarten.

Keine Antwort von Amerika

Washington, 14. Jan. „U. S. Press“ meldet, die amerikanische Regierung werde auf den deutschen Protest keine Antwort geben; sie sehe derzeit keinen Weg, wie der Wunsch, helfend einzugreifen, geltend gemacht werden könnte.

Nicht zahlen, sondern leben — das ist die Frage

London, 14. Jan. Der „Manchester Guardian“ schreibt, nach der Besetzung des Ruhrgebiets werde es sich nicht mehr darum handeln, ob Deutschland zahlen könne; sondern ob es noch fähig sei, zu leben. Das Leben im Ruhrgebiet werde hart, das im übrigen Deutschland aber geradezu verzweifelt sein. Der Entschluß der deutschen Reichsregierung, keine Entschädigungen mehr zu bezahlen, solange der Vertrag gebrochen sei, sei durchaus unanfechtbar und rechtmäßig.

Der Niedergang des Verbands und Italien

Aus Rom gehen der „Köln. Ztg.“ folgende Ausführungen zu, die ein interessantes Streiflicht auf das Verhältnis der Verbündeten untereinander werfen und die allerdings längst bekannte Tatsache bestätigen, daß der Krieg im allgemeinen wie der Freubruch Italiens im besonderen ein Werk des Großkapitals in den westlichen Ländern war.

In Italien hat die auswärtige Politik bis zu einem hohen Grad unter dem Einfluß der innern gestanden, und diejenigen Kreise, die seit dem Ausbruch des Kriegs einen maßgebenden Einfluß hatten, das heißt die oberitalienischen Industriellen, waren schon aus innerpolitischen und wirtschaftlichen Gründen für den Verband eingestanden. Sie waren gegen Rußland, weil sie dessen Einfluß auf die Arbeitermassen fürchteten, und sie erklärten sich gegen Deutschland, weil sie in Sorge vor der wiederaufkommenden deutschen Konkurrenz waren, die von ihren Vätern mit dem Namen „alldeutsche Gefahr“ bezeichnet wurde. Die innern Zustände Frankreichs und Englands, wo der Sozialismus niedergehalten war, galten ihnen als ein Ideal für Italien. In der Entschädigungsfrage waren sie dafür, daß Deutschland zwar niedergehalten und mit seinen Rohstoffen und seiner Arbeit für die Verbandsstaaten dienstbar gemacht werden müsse, aber eben deshalb nicht vernichtet werden dürfe. Sie trafen deshalb für eine gewisse Schonung Deutschlands ein und standen innerhalb des Verbands in dieser Hinsicht mehr auf der englischen, als auf der französischen Seite. Denn eine Losrennung Rheinland-Westfalens und eine Vereinigung der deutschen Kohle mit dem französischen Eisen würde die italienische Industrie zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken. Andererseits vermochten sie aber auch der zum Teil von Kennes und Pitti beeinflussten englischen Politik Lond Georges nicht unbedingt zu folgen. Denn Italien ist England beinahe elf Milliarden Goldlire schuldig, und diese sollten durch den italienischen Anteil an der Entschädigung gezahlt werden, auf Grund deren Italien außerdem statt der teuren englischen die billige deutsche Kohle erhielt.

Die Interessen und Anschauungen dieser Kreise, wie sie in der „Idea Nazionale“ und dem „Messaggero“, im „Stornale d'Italia“ und im „Corriere della Sera“ vertreten wurden, haben die politische Haltung Italiens in der Hauptsache bestimmt. Der von beiden Sachverständigen in der Entschädigungskommission, d'Ameglio und Salvoaggio Raggi, ausgearbeitete Entwurf Mussolinis warbt am besten die Interessen dieser Kreise: er sucht die Einheit des Verbands zu erhalten, die italienischen Schulden durch deutsche Zahlungen abzulösen und die wirtschaftliche Losrennung Rheinland-Westfalens durch gewisse Zugeständnisse an Frankreich zu vermeiden.

Diese Politik ist auf der Pariser Konferenz vorläufig vollkommen gescheitert. Sie hatte drei Fehler. Sie verschloß sich aus Unwissenheit oder aus Taktik der Tatsache, daß Deutschland nach den ungeheuerlichen Opfern des Kriegs und des Friedens nicht nur keine Gelder und Rohstoffe zahlen kann, sondern solche vom Ausland braucht. Sie lebte ferner in dem Glauben, daß die beiden angelsächsischen Mächte den beiden lateinischen die Kriegsschulden leichter Hand großmütig erlassen würden, damit diese Staaten, die den Washingtoner Abrüstungsvertrag noch immer nicht angenommen haben, die ersparten Gelder zu für die englische Seeherrschaft gefährlichen Rüstungen benutzen können. Und sie übersah schließlich, daß Frankreich mit der Kriegsschädigung mehr politische als wirtschaftliche Ziele verfolgt.

Obwohl die italienische Verbandspresse mit dem Scheitern der Konferenz gerechnet hatte, hatte sie doch weder die Auflösung des Verbands noch die nachteiligen Folgen für Italien erwartet. Der Verband, der die Früchte des Siegs verbrügte, ist tot, England ist dem Beispiel Amerikas gefolgt und hat sich aus den verworrenen Verhältnissen des Konvents zurückziehend, den Versailler Vertrag in einem seiner wesentlichsten Punkte aufgegeben. Der Kampf des Verbands hat nicht einmal die Neutralität der Angelsachsen, geschweige denn ihre wohlwollende Haltung für sich. Und vor allem die Franzosen, Belgier und Italiener sind unter sich nicht einmal einig. Italien soll nach dem englischen Vorschlag außer den neun Milliarden an Amerika eine halbe Milliarde in London niederelaten Goldes zahlen, seine

Kohlenbestände aus Deutschland sollen auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden, und von den deutschen Vorkäufen sollen es beinahe zehn Jahre lang nichts erhalten. Es ist begreiflich, daß die italienische Verbandspresse vollkommen in ihrer Befürchtung die Richtung verloren hat. Die reinfaszistische Presse, das „Giornale di Roma“ und der „Popolo d'Italia“, sucht die Aufmerksamkeit von dem Mißerfolg, den der Plan Mussolinis in Paris erlitten hat, durch lange Berichte abzulenken, die sie über die fieberhafte Reformtätigkeit, die Mussolini im Innern entfaltet, veröffentlicht. Im übrigen ist sie zwar gegen England, aber deshalb noch nicht für Frankreich, und auch in ihren Spalten fallen bisweilen wenig freundliche Worte für Frankreich. Die republikanische und sozialistische Presse bejubelt natürlich das Ende des Verbands. Der „Rondo“ Nitti ist innerlich zufrieden, und die „Giornale“ „Stampa“ empfiehlt zur Rettung Europas die Rückkehr zur Politik der europäischen Solidarität und Zusammenarbeit.

Welche Politik die Regierung Mussolinis einschlagen wird, steht noch dahin, und wahrscheinlich weiß sie Endgültiges selber noch nicht. Sicherlich ist die Entscheidung schwer, da sie einen angelsächsischen Block, an den Deutschland und an ... wieder Rußland angeschlossen ist, prophezeien, eine Macht, der gegenüber die ... romanischen Staaten, die den Angelsachsen verschuldet und von ihnen außerdem im Wechselkurs und wie Italien auch in den Rohstoffen abhängig sind, sehr bald zur Ohnmacht herabsinken würden. Andere wiederum befürchten den französisch-deutschen Kohlen- und Eisenblock. Am liebsten möchte man wohl, nach der Behandlung, die Italien von England erfahren hat, mit Frankreich gehen, aber: kann Frankreich Italien überhaupt etwas bieten, was die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft Frankreichs in Europa für Italien wieder ausgleicht? Wahrscheinlich wird Mussolini von Frankreich Gegenleistungen aus kolonialen und wirtschaftlichen Gebieten fordern. Nicht umsonst hat sich die italienische Presse in der letzten Zeit des öftern mit der Frage von Tunis beschäftigt und Mussolini hat es als seinen außenpolitischen Grundsatz erklärt, daß Italien ausgehört habe, nichts für nichts zu tun. Frankreich kann also die italienische Zustimmung zu dem Ruhrunternehmen erhalten, es muß dafür aber einen entsprechenden Preis zahlen.

Der Friedensbruch im Memelland

Das französische Spiel

Aus Tilsit (über Königsberg i. Pr.) erhalte ich folgenden Bericht eines deutschen Landmanns und Profikollegen, durch Fernsprecher: Auch wir Memeldeutsche werden überfallen! Was den Franzosen am Rhein „recht“ ist, scheint den Litauern billig zu sein. Und es mußte ja so kommen! Der französische Oberkommissar Petisné, der sich jetzt mit seinem kleinen Bataillon „Poliss“ den eindringenden Szamajten so „todesmutig“ entgegenwirft, hat die Geister selbst ins Land gerufen. Kaum war er seinerzeit, am 1. Mai 1921, an die Stelle des Generals Drey getreten, während dessen Amtsführung ein leidlich gutes Verhältnis zwischen der französischen Behörde, der Besatzung (Alpenjäger! Wegen des „nordischen“ Klimas) und den Einwohnern bestand, da begann das Teufelsmädchen mit den Großlitauern und die Feindseligkeit gegen den Deutsch-litauischen Heimatbund. Der frühere Regierungsrat Steputat aus Gumbinnen, ein Freund der berühmten Großlitauer Galgalat und Streckas, wurde zum Präsidenten des Landesdirektoriums an Stelle des zurückgetretenen früheren Oberbürgermeisters von Memel, Altenberg, ernannt. Die deutsche Bevölkerung (95 Prozent in den Städten, 60 Prozent auf dem Lande) wollte sich gegen die Vergewaltigung wehren. Aber der französische Herr Präfekt ließ den Vorstehenden und die Geschäftsführer des Deutsch-litauischen Heimatbunds mit Ausweisung bedrohen, wenn sie ohne seine Genehmigung Versammlungen abhalten würden. Reichlich Anträge ein, so wurde die Versammlung verboten. Abordnungen der Memeler Stadtverordnetenversammlung und des Pogegener Kreisrats, welche Entschließungen für die Selbständigkeit des Memelgebiets und gegen eine Angliederung an Litauen oder Polen überreichen wollten, wurden nicht empfangen, sondern in schroffer Weise

nach Hause geschickt. Dagegen pflegte Oberkommissar Petisné fortgesetzt Verhandlungen mit litauischen Regierungsbeamten, deren Endzweck nichts anderes sein konnte, als die Auslieferung des Memellands an Litauen. Wenn Petisné jetzt Schlingengraben gegen die heranrückenden litauischen Banden auswerfen läßt, so ist das ein abgekartetes Spiel: Memel wird den Litauern nach „ehrllichem“ Kampf überantwortet.

Ober: Petisné ruft die Polen zu Hilfe, die nur auf einen Wink warten, um sich in den Streit zu mischen. In Kowno wie in Memel pfeifen es ja die Spähen von den Dächern, daß die Einigung zwischen Polen und Litauen auf dem Rücken und auf Kosten des Memelgebiets erfolgen werde. Mit anderen Worten: Memel wird den Litauern unter der Bedingung zugesprochen, daß Litauen in irgendwelcher Form sich der polnischen Oberherrschaft einfügt und damit der französischen Interessenpolitik dienstbar gemacht wird. Schon bei den Versailler Verhandlungen hat ein mit Litauen vereinigt Memel unter polnischer Oberherrschaft eine Rolle gespielt. Seit der Brüsseler Konferenz über die Wilnafrage haben sich die Schleier vollends gelüftet; sagte doch dort der belgische Vertreter Symann wörtlich: „Ich zweifle nicht, daß es möglich sein wird, gleichzeitig mit der Wilnafrage das Problem der Verteilung des Hafens von Memel zu regeln.“ Die Vorschläge des Völkerbunds, der neuerdings vollständig unter französischem Einfluß steht, zielen ja ebenfalls dahin, Wilna und Memel den Litauern zuzuerkennen, sofern Litauen sich unter polnische Oberherrschaft begibt.

Das Memelland ist also nicht nur von Litauen, sondern auch von Polen bedroht. Petisné hat sich neben seinem litauischen Lieblingen auch die erdenklichste Mühe gegeben, polnische Einflüsse im Memelland, das überhaupt nicht von Polen bewohnt wird, zur Geltung zu bringen. Ein Pole ist Landrat geworden, ohne heimatzuständig zu sein, Spekulanten aus Frankreich und Polen haben sich längst unter dem Schutze der französischen Tyrannenherrschaft festgesetzt. Ein Zeichen der Zeit ist auch die unverkennbare Zurückdrängung des englischen Einflusses. Die Franzosen haben es nur allzu gut verstanden, ihre eigenen Interessen in Memel durchzusetzen und die ursprünglich vorhandenen Seehandels-Ansprüche Englands auszuschalten. England schenkt der Entwicklung der Memeler Frage nur noch wenig Beachtung und hat sich mehr die baltischen Häfen ausgesucht. England ist bescheiden geworden! Die Hoffnung auf eine englisch-französische Meinungsverschiedenheit bei der Entscheidung über das Schicksal Memels wäre verfehlt. Die Memeldeutschen können im Augenblick nur dasselbe tun wie das an der Ruhrflanke überfallene Reich: Protestieren! Die Weltmächte denken nicht daran, das Unrecht, das sie durch die Abtrennung des Gebiets von Deutschland begingen, einzusehen oder gar durch Rückgabe an Deutschland wiedergutzumachen. So bleibt leider die Autonomieforderung des Memeler Deutschums der einzig mögliche Gegenschlag gegen den Ueberfall von Osten.

Neue Nachrichten

Kein Generalfreist

Berlin, 14. Jan. Die Gewerkschaften haben von einer halbtägigen Arbeitseinstellung am 15. Januar, vormittags 11 bis 11.30 Uhr Abstand genommen, weil es kaum möglich sei, alle Betriebe rechtzeitig zu verständigen.

Ungarisch-rumänischer Zusammenstoß

Budapest, 14. Jan. Nach einer rumänischen Meldung haben an der ungarisch-rumänischen Grenze bei Großwarden ungarische Streikposten die rumänischen Zollstationen und Gendarmerie angegriffen. Drei Stunden lang soll gekämpft worden sein. Die rumänische Regierung forderte mit kürzester Frist Klärung. Eine Einspruchsnote des kleinen Verbandes soll bevorstehen.

In der Nationalversammlung teilte der Außenminister mit, er habe der rumänischen Regierung vorgeschlagen, die

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

87.

(Nachdruck verboten.)

Widli hatte bei Judika's Worten eine Empfindung, als ob ihn der Blitz berührte; die Knie knieten ihm ein; er verstand und sah das Gehörte nur halb; es war ihm, als ginge ein brausender Wasserfall, der ihm Aug' und Ohr betäubte über ihn hinweg. In diesem Zustande vernahm er nur halb, wie Judika erzählte, daß sie, aus dem Amte nach Hause kommend, zu ihrer Verwunderung die vordere Hofstür offen gefunden und auf ihr Hüften keine Antwort erhalten habe. Mit steigender Beforgnis sei sie durch Stube und Schlafkammer des Vaters gelaufen, ohne ihn zu finden, und als sie dann um die Hausdecke gegen den hinteren Gras- und Obstgarten gekommen, habe sie das Entsetzliche entdeckt. Die schabhaft gewordenen Bretter der Kalkgrube waren eingebrochen und in der dicken Flüssigkeit lag, aber und aber davon bedeckt mit dem Kopfe nach unten, der Bauer, ohne sich zu regen oder ein Lebenszeichen von sich zu geben. Auf ihr Gesicht seien die Dienstboten, die eben aus dem Hochamte zurückkehrten, herbeigeeilt, und erst mit ihrer Hilfe sei es ihr gelungen, den schweren Mann aus der Grube emporzuziehen. Leider hatte schon der erste Anblick gezeigt, daß keine Hoffnung mehr bestand, ihn zum Leben zurückzubringen; dennoch sei sofort einer der Knechte in's Dorf zurückgelaufen, um den Pfarrer und Arzt herbeizurufen. Der Körper war schon beinahe starr und kalt; der Mann war mit dem Gesicht in die Masse gefallen und offenbar in wenigen Minuten erstarrt. Bis zur Ankunft des Arztes hatte man eine Pfanne in die Nähe des Möhrenbrennens gestellt, den Toten darauf gelegt und begonnen, ihn vom Kall zu reinigen. Nirgends war eine Belegung an ihm zu entdecken. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen — der gestern noch so lebensfrische Himmelmoos war eine Leiche.

Widli war mit einem lauten Ausschrei des Schmerzes und Schreckens an derselben in die Knie zusammengesunken, hatte die herabhängende Hand des Toten erfaßt und überströmte sie mit Tränen, die ihn lange am Reden hinderten.

„Ist es denn möglich, Vater,“ stammelte er dann, „daß du so geschwind dahingegangen bist, im Jörn und im Unwillen? Ich hab' es so gut vorgehabt mit Dir, und jetzt ist Alles, Alles dahin. O Vater! O, nur noch ein einziges Mal mach' Deine Augen auf!“

Der Pfarrer und der Arzt waren indes erschienen, mit ihnen der Gerichtsdiener. Er hatte eben im Dorfe Bestellungen zu machen und säumte daher nicht, bei diesem Vorfalle zugegen zu sein, der leicht seine amtliche Tätigkeit erschweren konnte. Der Arzt hatte sich sofort mit dem Toten beschäftigt, während der Pfarrer die fast verzweifelte Judika in ihren lauten Schmerzensausbrüchen zu besänftigen suchte, die andern Dienstboten und Nachbarn aber, deren Zahl immer größer geworden, umherstanden und sich über die Möglichkeit und Entfaltung des Unglücks besprachen.

„Was brauchen wir da lange zu fragen?“ sagte der Gerichtsdiener. „Der Alte hat sich den Tod selber mit der Laterne gesucht; das hat er von seiner Knickerei! Vorgestern erst wäre ich bald mit den Brettern eingebrochen und hab' ihm gesagt, er soll sie richten lassen. Nur sein Geiz und sein Trutz hat es nicht zugelassen. Nun hat er selber daran glauben müssen.“

„Ich weiß nicht,“ entgegnete einer der Knechte, indem er die Stelle kopfschüttelnd betrachtete, „ich mein' allweil, wenn er über die Grube gegangen wäre und die Bretter wären unter ihm eingebrochen, dann wäre er mit den Füßen gerade hinuntergefallen; dann hätte er sich am Rande anhalten können. Ich mein' allweil, er ist hineingeworfen worden und wohl gar so lange untergehalten bis er den letzten Schnaufser getan hat.“

„Aber wer sollte so etwas getan haben?“ sagte eine der Mägde. „Schelme oder Diebesleute können es nicht

gewesen sein; das Haus ist ganz offen, und es ist nirgends ein Schaden zu sehen; alles ist im besten Zustande, und fehlt nicht das Geringste.“

„Das kann schon sein,“ erwiderte der Knecht. „Dann sind die Schelme halt verprengt worden und haben keine Zeit gehabt zum Rauben. Da schaut nur her,“ fuhr er, auf den Boden deutend fort, „da schaut, wie das nasse Gras um die Grube herum vertreten ist; man sieht deutlich die Fußtritte, und obendrein, daß es zweierlei sind. Ich laße mir's nicht nehmen — es sind ihrer Mehrere gewesen; der Bauer hat sich gewehrt und mit ihnen gerungen. Darüber ist er auf die Bretter gekommen; die haben nachgegeben, und das haben die Schelme benutzt und haben ihn hinuntergestürzt.“

Während alle emsig die Fußspuren besichtigten, fand der geäußerte Verdacht eine ebenso unvermutete als unwiderlegliche Bestätigung.

Der Arzt war eben mit der Reinigung und Untersuchung der Leiche zu Ende gekommen: er hatte Mund und Kehle so weit als möglich vom eingedrungenen Kall befreit.

„Tot ist er,“ sagte er dann. „Das ist gewiß. Er kann uns also nicht mehr sagen, wie das geschehen ist. Aber da sehe ich jetzt erst,“ fuhr er fort, indem er den rechten Arm des Toten, der an der Bank hinabgehangen war, emporhob, „die eine Hand ist glatt und offen; die andere macht eine Faust. Das tut keiner, der im Fallen ist; der spreizt eher die Finger auseinander, um sich zu halten. Es ist gerade, als wenn er etwas festhalten wollte in der geballten Faust.“

Nicht ohne Anstrengung öffnete er dieselbe und verstaumte, mit einem ernsten Blick unter den Umstehenden umherschauend.

„Schau! Jetzt kann der Tote doch noch reden,“ sagte er dann ernsthaft. „Jetzt wissen wir gewiß, daß kein Unglück geschehen ist, sondern eine Mordtat. Der Bauer hat offenbar mit dem Schelm gerungen, hat ihn packt, und da ist ihm das da in der Hand geblieben.“

(Fortsetzung folgt.)

Zustimmung des wahren Sachverhalts einer internationalen Untersuchungskommission anzuvertrauen.
S. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Lloyd George über die Entschädigungsfrage

In einem weiteren Artikel in der Berliner Deutschen Zeitung verbreitet sich Lloyd George über die Schwierigkeiten der Entschädigungsfrage. Diese liegen, wie er schreibt, nicht im Vertrag von Versailles, der überhaupt keine Schulden festsetzt, sondern diese der Entschädigungskommission überlässt. In dieser Kommission habe, nachdem Amerika und Japan ausgetreten seien, der am meisten interessierte Staat Frankreich das Übergewicht bekommen. Das sei nicht mehr der Vertrag, wie ihn Deutschland unterzeichnete, das Gleichgewicht des Vertrags sei völlig gelöst. Kein tapferes Volk werde sich zu solcher lebenslänglicher Sklaverei und Armut verdammen lassen. Würde man 20 Jahre lang von dem Brot jedes deutschen Kindes die Butter abtragen, so könnte man vielleicht eine oder zwei Milliarden Goldmark mehr erlangen. Jede Unterdrückung führe auf die Dauer zu einem Ausbruch. Die einzige Hoffnung auf eine gerechte Entscheidung liege darin, daß Vertreter Amerikas in der entscheidenden Körperschaft sitzen. Solange aber Amerika nicht eingreife, werde die endgültige Regelung verschoben sein, bis die Stunde für ein nicht wieder gutzumachendes Urteil schlägt.

Deutscher Reichstag

Die Regierungserklärung

Berlin, 13. Januar.

Auf dem Reichstagsgebäude wehen die Flaggen halbmast. Präsi. Brüder eröffnete die Sitzung um 2.45 Uhr: Zuerst ein Wort an die Landsleute an der Ruhr! (Die Abgeordneten erhoben sich von den Sitzen.) Wir rufen ihnen zu: Haltet euch so, daß wenn die Fremdherrschaft wieder von euch genommen wird, ihr vor euch selbst bestehen könnt, und eure Kinder bekennen können: Unsere Väter haben mit Festigkeit und Treue, mit Ehre und Würde aufrecht gestanden, als dieser Schlag geführt wurde. Wenn ich als deutscher Volksvertreter zum französischen Volk sprechen könnte, wie es unsere Gegner während des Krieges getan haben, würde ich sagen: die Folgen der Drahtentzwei eurer Machthaber haben wir und ihre, eure und unsere Nachkommen zu tragen.

Reichsanwalt Dr. Cuno: Französische und belgische Truppen sind in Kriegsausrüstung in friedliches Gebiet eingezogen, voraus Kellerei mit gezogenem Säbel. (Anschließend) Mehr als einmal haben wir in den letzten drei Jahren erfahren, daß das Recht Deutschlands, die ihm auferlegten Leistungen nach seiner Leistungsfähigkeit zu bemessen, nicht ausreichend beachtet wurde. Gleichwohl hat das deutsche Volk sich ehrlich bemüht. Hat jemals ein entkräftetes Volk mehr geleistet? Die deutsche Note vom 14. November war ein Programm; die ganze deutsche Wirtschaft war bereit, die Regierung bei der Durchführung ihrer Vorschläge zu unterstützen. Der Vorschlag ist nicht angenommen worden. Herr Poincaré hat auch die bekannte Friedensbürgschaft abgelehnt. (Hört, hört!) Außerlich ist der Einmarsch nicht an die große Entschädigungsfrage, sondern an das kleine Verbumnis Deutschlands in der Holz- und Kohlenlieferung geknüpft. Wo bleiben die „wirtschaftlichen Gründe“, die Poincaré vorschlägt? Ebenso wenig läßt sich ein Rechtsgrund geltend machen. Der Einbruch der fremden Truppen und Beamten ist die denkbar schwerste Verletzung des deutschen Hoheitsrechts. Recht und Vertrag sind gebrochen worden. Den Unterzeichnern des Friedensvertrages haben wir unsere Auffassung dargelegt, Frankreich und Belgien haben wir unseren Protest erklärt. Solange der vertragswidrige Zustand andauert, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diese Staaten zu bewirken.

Es handelt sich bei dem französischen Vorgehen nicht um Entschädigungen, sondern um das Ziel der französischen Politik seit mehr als 400 Jahren: Das Deutsche Reich und seine Existenz zu vernichten. Aber zum Sieg konnte Frankreich seine Politik nur führen, wenn das deutsche Volk versagte. Auf die Haltung des deutschen Volks kommt es an. Mit stärkstem Nachdruck wiederholen wir den Ruf zur Besonnenheit. Wir müssen allen Streit begraben. Die Regierung ist bereit, diesen Weg zu gehen und zu führen. Des Vertrauens der Regierungen und der Länder ist sie sicher. Unrecht, Not, Entbehrung ist heute unser Schicksal — Freiheit und Leben das Ziel — Einigkeit der Weg! (Stürmischer Beifall bei der großen Mehrheit.)

Württemberg

Stuttgart, 14. Jan. Der Finanzausschuß des Landtags verhandelte in einer Doppelsitzung, zu der Sachverständige aus den Kreisen der akademischen Forstbeamten und des Forstpersonals zugezogen waren, über die zwischen dem Forstpersonal einerseits und der Verwaltung andererseits seit längerer Zeit bestehenden Streitigkeiten. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Stuttgart, 14. Jan. Vereinheitlichung des Polizeiwesens. Vom 15. Januar an werden auf Grund des neuen Polizeigesetzes die bisher getrennten Kriminalabteilungen des früheren Landespolizeiamts und der Städte, Polizeidirektion vereinigt und unter eine Leitung gestellt. Die Kriminalabteilung (II) des Polizeipräsidenten hat ihren Sitz im Gebäude der früheren Polizeidirektion (Wachsenstraße), das gemeinsame Sekretariat befindet sich im Neuen Schloß.

Wie wir hören, wurde mit der Leitung der Hauptabteilung des Polizeipräsidenten Stuttgart und der Stellvertretung des Polizeipräsidenten Oberammann Adä von Urach betraut.

Stuttgart, 14. Jan. Vom Rathaus. Der Gemeinderat bewilligte mit allen Stimmen ausgenommen die Kommunisten, für die kath. höhere Mädchenschule einen Voranschuß von 500 000 Mark.

Die Not der freien Berufe. Der Württ. Goethebund betraf die in freien Berufen tätigen geistigen Arbeiter zu einer Kundgebung über die Not dieser Berufe. Als Vertreter der Regierung nahmen an der Versammlung im GutsMuth-Haus Staatsrat v. Bach, Staatsrat Hegelmaier und Ministerialrat Frenzel teil. Als Hauptredner schilderte Professor D. Scheel-Lübgingen die Verelendung und geistige Not unseres Volkes. Für die einzelnen freien Berufe sprach je ein Vertreter der Schriftsteller, Musiker, bildenden Künstler, Privatdozenten, Ärzte und Rechtsanwälte. In einer Entschließung wird zeitgemäße Bezahlung der geistigen Arbeit gefordert und die Schöpfung einer besonderen Stelle für geeignete Arbeitsvermittlung.

Warenzurückhaltung. In einem bedeutenden Stutt-

garter Warenzurückhaltung wurde in den Tagen vor Weihnachten auf Veranlassung des Wucheramts eine Durchsuchung vorgenommen, die u. a. 10 Jtr. Eierleigwaren, 32 Zentner Kaffee, 25 Jtr. Eichorle, erhebliche Mengen von Kakao, Schokoladepulver, Marmelade, eingedickte Milch und Konfieren aller Art zulage förderte. Die Waren sind nachweislich bereits im Frühjahr 1920 und 21, sowie anfangs 1922 zu billigen Tagespreisen eingekauft worden. Es war aufgefassen, daß die Firma ihren Laden seit Mitte Oktober ganz und schon während des Sommers meist dann geschlossen hielt, wenn Preisserhöhungen bevorstanden. Die zurückgehaltenen Waren konnten noch vor Weihnachten den Verbrauchern zu angemessenen Preisen zugeführt werden.

Hohe Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung. Der Viehhändler A. Strauß in Gablingen ist wegen Hinterziehung von Reichseinkommensteuer zu 2726 000 M., von Reichsumsatzsteuer zu 820 000 M., zusammen zu 3546 000 Mark Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden.

Zurückgekehrt ist der seit sechs Tagen vermiste Knabe. Er hatte sich inzwischen bei auswärtigen Verwandten aufgehalten.

Stuttgart, 14. Jan. Die Kaminfegergebühren sind von der Polizeidirektion mit Wirkung vom 1. Januar ab auf das 200fache der Gebühren vom 24. Juni 1919 festgelegt worden.

Die Vieh- und Schlachthofgebühren werden ab sofort um durchschnittlich 50 v. H. erhöht.

Gebühren der Leichenschauer. Die seit Januar 1921 geltenden Gebühren der Leichenschauer werden mit Wirkung vom 1. November 1922 an auf das Fünffache, mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 an auf das Fünzfache und mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an auf das Dreißigfache erhöht.

Neue Holzpreise. Die Stadt. Preisprüfstelle teilt mit, daß die Kleinoberpreise für ab Lager abgeholtes Holz in der Zeit vom 2. bis 15. ds. Mts. betragen für Lannenholz gefäht 3591 M., gespalten 3671 M.; Buchenholz gefäht 3879 M., gespalten 3959 M.; Bänholz 306 M.

Ludwigsburg, 14. Jan. Neues Bad im Favoritpark. Beim bisherigen Favoritpark soll ein neues großes Bad errichtet werden. Die Staatsfinanzverwaltung will der Stadt Ludwigsburg auf Grund des Erbbaurechts ein Parzellengrundstück von 18 Hektar 17 Ar sowie das Schloßchen an eine Aktiengesellschaft abtreten. Die Stadt übernimmt eine Bürgschaft für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft an den Staat vorläufig für 75 Jahre. Die Aktiengesellschaft, die in der Hauptsache aus Berliner Kapitalisten besteht, wird ein Grundkapital von 300 Millionen Mark haben. Zum Badbetrieb wird das Heilwasser von Hoheneck, dessen Quelle der Stadt Ludwigsburg gehört, in den Favoritpark verpumpt werden.

Dom Necker, 12. Jan. Hilfsbereit. In Neckargimmern hat die Arbeiterchaft der Anilinwerke sich bereit erklärt, den Lohn einer Arbeitsstunde abzutreten, um die Notlage der Familie des vor einigen Tagen tödlich verunglückten Bergmanns Christian Schneider zu lindern. Der Obmann konnte der Witwe 200 000 M. überbringen.

Heilbronn, 14. Jan. Einschränkung des Straßenbahnbetriebs. Für den Monat Januar wird sich ein Abmangel im Straßenbahnbetrieb von etwa 1 1/2 Millionen Mark ergeben. Der Ausschussrat hat die Einschränkung des Betriebs auf die Zeit von 6.15 bis 8.15 vorm., von 12.30 bis 2.30 mittags und von 4 bis 7 Uhr abends vor. Dadurch würde sich der Abmangel auf 728 000 M. ermäßigen.

Heidenheim, 12. Jan. Steuerhinterziehung. Wegen Hinterziehung der Umsatzsteuer im Jahr 1920 ist der Viehhändler Bollweiler hier zu 150 000 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Peterzell (bei Bisingen), 13. Jan. In dem zum Sägewerk Gebr. Heintzelmann gehörigen Schuppen brach Feuer aus, dem das ziemlich umfangreiche Gebäude in kurzer Zeit zum Opfer fiel. Der entstandene Gebäudeschaden beträgt etwa 1 1/2 Millionen Mark, der Fahrnisschaden wird auf über zwei Millionen Mark geschätzt.

Soziales

Wildbad, den 15. Jan. 1923.

— Ehrenzeichen für langjährige Dienstzeit. Auf Weihnachten ist der Christine Hillmann bei Hrn. Dr. med. W. Josenhans und Barbara Romann bei Herrn G. Rometsch (Stolzenseis) für 25jährige Dienstzeit das silberne Verdienstkreuz verliehen worden.

Stimmt das? Durch die württembergischen Zeitungen geht folgende Notiz:

Wildbad, 12. Jan. Stiftungen für Jugendherbergen. Die Stadtgemeinde Wildbad hat zum Ausbau der Jugendherberge des Klubs Schwarzwald in Wildbad im Oktober v. J. 37 Kubikmeter Holz im damaligen Wert von 500 000 Mark unentgeltlich zur Verfügung gestellt und zur Fertigstellung neuerdings 23 Kubikmeter im Werte von 4 Millionen Mark angewiesen.

— Während sich die hiesigen Sportvereine schon jahrelang alle erdenkliche Mühe geben, um einen geeigneten Sportplatz zu erlangen und immer noch auf den vom Gemeinderat beschlossenen Turnhalle-Ausbau warten, sollen für fremde Vereinigungen Millionen bewilligt werden. Wie ist das möglich?

Ostersonntag am 1. April. Der Osterfesttag fällt heuer auf einen verhältnismäßig frühen Termin, den 1. April, was in unserem Jahrhundert bisher noch nicht vorkam, der nun aber noch dreimal mit 11jähriger Periode, in den Jahren 1934, 1945 und 1956 nämlich, wiederkehren wird. Auch das vorige Jahrhundert hatte diesen Ostertermin viermal: in den Jahren 1804, 1866, 1877 und 1888 erlebt. Wie bekannt, fällt nach der Festsetzung des Konzils von Nicäa der erste Osterfesttag auf den ersten Sonntag nach Vollmond nach Frühlingsanfang; der früheste Ostertermin ist hiernach der 22. März, ein Fall, der allerdings recht selten ist und zuletzt im Jahre 1818 vorkam, und der in der Zukunft erst wieder für das Jahr 2285 — wenn es dann noch Menschen gibt, die sich für Ostern interessieren — zu erwarten steht. Auch der zweitfrüheste Ostertermin, der 23. März, ist noch ziemlich selten, immerhin haben wir ihn vor einem Jahrzehnt, im Jahre 1913 erlebt; vorher war er zuletzt in den Jahren 1845 und 1858 vorgekommen; in Zukunft wird er erst wieder im Jahre 2008 eintreten.

Verbesserung an den Kraftpostwagen. Die steigenden Betriebskosten namentlich durch das teure Leichöl (Benzol usw.), dessen Preis im letzten Halbjahr um etwa das 30fache gestiegen ist, haben die Kraftpostwagen unrentabel gemacht. Nun wird in den Kraftwagen ein besonderer Vergaser eingebaut, der die Verwendung des um das Vier- bis Fünffache

billigeren Schweröls (Gasöl) und auch des Erdöls ermöglicht. Der Brennstoff für den neuen Vergaser wird aus drei Teilen Schwer- und einem Teil Leichtöl zusammengesetzt sein, was eine wesentliche Verringerung der Betriebskosten bedeutet. Die Neuerung hat sich bei den gemachten Versuchen so gut bewährt, daß der Vergaser in kurzer Frist im ganzen Kraftwagenpark der Reichspost zur Einführung gelangen wird.

Einschränkung der Lebenshaltung. Bei der Zusammenkunft der deutschen Staats- und Ministerpräsidenten in Berlin wurden auch Maßnahmen zur Einschränkung der Lebenshaltung besprochen, die durch die französische Belagerung des Ruhrgebiets notwendig werden. Dazu gehören nicht nur Bestimmungen gegen Schlemmertum und übermäßige Luftbarkeiten, Einschränkung des Alkoholverbrauchs, Verbot von Bällen usw., sondern es soll wahrscheinlich auch, wie in der Kriegszeit, der Verbrauch von Stoffen, die uns bald fehlen können, eingeschränkt werden. Dazu gehört z. B. das Verbot der Lichtreklame, die frühere Polizeistunde u. a. Auch in bezug auf die Verabreichung von Nahrungsmitteln wurden Sparmaßnahmen erwogen. Wie verlautet, soll wieder nur ein Bericht in den Gastlokale derabreicht werden dürfen.

ep. Nicht in die Großstadt! Die Gesellschaft zur Fürsorge für zuziehende männliche Jugend in Berlin (Sophienstraße 19) warnt die deutsche Jugend angesichts der ungünstigen Arbeitsverhältnisse vor unüberlegtem Zugang nach der Großstadt. Für Jugendliche, die nach Berlin reisen müssen, hat die Gesellschaft einen Ratgeber herausgegeben, der gegen Erstattung der Unkosten (20 M.) zugesandt wird.

ep. Eine musterhafte Volksbühne. Nach dem Volksbildungsrat hat die Gemeindebühne von Trofingen im Schwarzwald (5000 Einwohner) ein Verzeichnis drucken lassen, das den Bestand von 1700 gut ausgewählten Bänden darstellt. Die Bücher sind sachlich gruppiert nach dem Interesse der Leser; Reise- und Abenteuer-Geschichten stehen Erzählungen aus der Geschichte gegenüber, ebenso im belehrenden Schrifttum; außerdem sind besondere Gruppen für Jugendliche und Erwachsene gebildet und Charakteristiken einzelner Werke eingestreut. Die besonderen Verhältnisse von Dorf und Landstadt sind berücksichtigt. Gar manche deutsche Mittelstadt könnte, namentlich im Blick auf die langen Winterabende, sich freuen, wenn sie eine gleichwertige Bücherlei besäße und dazu ein solches Verzeichnis, wie es in Trofingen mit Hilfe der Industrie des Orts gedruckt werden konnte.

Allerlei

Das Geheimnis der Wohnungsabgabe. In der Stadtverordnetenversammlung in Berlin wurde eine Anfrage eingebracht, die den Magistrat um Auskunft ersucht, was denn eigentlich mit der Wohnungsabgabe „gebaut“ worden sei. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind fast zwei Drittel der sehr bedeutenden Berliner Wohnungsabgabe zur Anlage von Straßen und verwendet worden, obgleich anbaufertige Straßen, die für Siedlungen benötigt werden könnten, bereits zu Hunderten von Kilometern vorhanden sind; für eigentlichen Wohnungsbau wurde nur ein Drittel nutzbar gemacht. Es wurde ermittelt, daß mit den Siedlungshäusern eigenartige Spekulationsgeschäfte betrieben werden. Zahlreiche „Siedler“ haben sich zu einer Baugenossenschaft zusammengesetzt, für ihre Bauvorhaben öffentliche Zuschüsse angenommen und den Bau begonnen, ohne einen Pfennig eigenes Geld hineinzustecken. Wenn die Häuser halbfertig sind, „verschieben“ sie ihre bisherigen Wohnungen an vermöglichere Leute, die schnell und dringend eine Wohnung suchen und nehmen für die Abtretung der Wohnung Abfindungen von 1, 1,5 und 2 Millionen Mark! Mit diesen jetzt im Wert weit geringeren Geldern werden die vor einem Jahr erhaltenen öffentlichen Baukostenzuschüsse zurückgezahlt, der „Siedler“ baut sein Häuschen fertig und hat außerdem noch 1,5 Millionen bar in der Tasche. Der Magistrat will jetzt Vorkehrungen treffen, daß der Mißbrauch mit den Steuern der Mieter abgestellt wird.

Der Anteil der Frauen an der Männerarbeit. Das neue amerikanische Frauenjahrbuch für 1923 bietet einen sehr lehrreichen Ueberblick über die immer stärkere Beteiligung der Frau an den früher Männer vorbehaltenen Berufen. Das Führen von Kraftwagen, das Reinigen der Straßen, das Arbeiten in Bergwerken — all dies ist seit dem Krieg auch Frauenarbeit geworden. In einer Uebersicht über die Tätigkeit der Frauen in der ganzen Welt hebt das Jahrbuch hervor, daß schwere Handarbeit für die Frauen keine Schrecken mehr besitzt, sondern daß sie sich in allen Zweigen menschlicher Tätigkeit mit Erfolg versucht haben, auch als Ökonomiepater, Werftarbeiter, Seelente usw. Frauen, heißt es weiter, arbeiten jetzt ebenso tüchtig wie die Männer als Schmiede, Maschinisten, Zimmerleute, Holzfäller, in Pflanzereien, auf der Eisenbahn und anderen Betrieben. Hand in Hand mit dieser Entwicklung der körperlichen Arbeit der Frau geht das Eindringen des weiblichen Elements in die höheren Berufe. Es gibt jetzt 1738 weibliche Richter, Rechtsanwältinnen und Magistratsbeamte, 1787 weibliche Geistliche, 14 617 weibliche Künstler, 7219 weibliche Ärzte, 1829 Frauen als Zahnärzte, 1117 weibliche Architekten und 41 weibliche Ingenieure. Nicht weniger als 8 549 511 Frauen sind in den Vereinigten Staaten angestellt, und von den 678 verschiedenen Berufen, die ausgeführt werden, sind die Frauen in 33 noch nicht beschäftigt.

In einem Tag 2 Millionen verdient. Der erst 21jährige Kaufmann Hans Silberstein, Sohn eines Bankiers in Berlin, hat neulich das Kunststück fertiggebracht, ohne einen Pfennig in der Tasche zu haben, an einem Tag 2 Millionen Mark durch Spekulationen an der Börse zu verdienen. Er wußte sich durch gefälschte Schecks einen Kredit bei einer Berliner Großbank zu verschaffen, mit dem er zur Börse zog und einen „Reingewinn“ von 2 Millionen erzielte. Gewinn und Kredit waren aber in wenigen Tagen in leichter Gesellschaft veran und die Bank erleidet einen Schaden von 2 1/2 Millionen Mark. Die Strafkammer verurteilte Silberstein zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Mord. In einer Berliner Pension wurde ein Aufkäufer aus Amerika namens Nowak im Bett tot aufgefunden. Es wird ein Mord durch Chloroformvergiftung vermutet.

Der russische Kreuzer „Troik“ ist im Schwarzen Meer auf einen Felsen aufgelaufen und mit dem größten Teil der Mannschaft gesunken.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 13. Jan. 10 365.00 (10 454).
1 Pfd. Sterling 47 880.—, 100 holl. Gulden 408 980.—, 100 Schw. Franken 197 505.—, 100 franz. Fr. 72 817.—, 100 holl. Dtsch. 50 372.—, 100 öst. Kr. 14 36, 100 schwed. Kr. 30 024.—, 100 poln. Mark 48.10 M.

Die Reichsbanknotenausgabe ist vom 1. bis 6. Jan. um 56,4 auf 126,5 Milliarden, die der Darlehnskassenscheins um 99,4 auf 12,5 Milliarden Mark gestiegen.

Das Goldmarkgeld würde vom 17. bis 23. Januar von 150 000 auf 184 000 Prozent erhöht.

Für die deutsche Doppelkrone zahlen Reichsbank und Poststellen 35 000 Mark, für Reichsübermünzen den 75fachen Betrag des Nennwertes.

Die bulgarische Regierung hat der Firma Krupp in Essen die Herstellung von 80 Millionen Kema in Aluminiumstücken zu 1 und 2 Kema Nennwert in Auftrag gegeben.

Die elektrische Industrie hat für die Zeit vom 12. bis 18. Januar Preissteigerungen von 25 Prozent vorgenommen.

Der Textilmarkt. Die vom Reichsbund des Textil-Einzelhandels als Grundlage für eine angemessene und notwendige Kalkulation festgesetzten marktüblichen Notierungen von rund 90 verschiedenen Gegenständen des Wollens-, Baumwollens-, Kleiderstoff-, des Konfektions-, Wäsche-, Wirt- und Kurzwarenfach enthalten, wie die „Textil-Woche“ mitteilt, u. a. folgende Preise: 80 Zentimeter Rohwolle 950-1125 M.; 80 Zentimeter Hemdentuch 1100 bis 1250 M.; 80 Zentimeter Perkal 1100-1500 M.; 80 Zentimeter Reineleinen, großfadig, 1700-2000 M., feinfadig 2000 bis 3000 M.; Herrenoberhemden 700-1400 M.; baumwollene Herrenhemden 4000-5000 M.; reinwollene Herrenhemden Jäger A. A. einfache Brust 19 000 M.; reinwollene Kinderbekleidung (für 8 Jahre) Jäger A. A. 14 000 M.; Kragen (Rahm) 900-1500 M.; Damenstrümpfe, Kaka, das Duzend 16-20 000 M.; Flor-Mousselin 24-30 000 M.; Herrenmahosocken das Duzend 10 000-20 000 Mark; Obergarn, 1000 Meter, 4fach 1299 M.

Leipziger Garnpreise vom 12. Jan. Die heutige Börse war gut besucht. Nennenswerte Geschäfte kamen jedoch nicht zustande, was einerseits eine Folge der ungeklärten wirtschaftlichen Lage ist, in der Hauptsache aber auf das außerordentlich billige und dringende Angebot von ausländischen Waren zurückzuführen werden muß. In Preisen wurden genannt für amerikanische Copgarne 8200-8800 M je Kg.

Die Preissteigerung für Spiritus. In der letzten Meldung über die Erhöhung der Spirituspreise ist ergänzend und teilweise berichtend zu bemerken, daß der Vorschlag der Monopolverwaltung, den Spirituspreis von 2000 auf 3000 M zu erhöhen, vom Beirat dahin abgeändert worden ist, daß der Spirituspreis nur auf 2400 M erhöht wird, wofür aber auch der Preis des Brennspiritus von 600 auf 850 M steigt. Die Höhe der an das Reich abzuführenden Heftmehreinnahme steht noch nicht fest, dürfte aber über die bisherigen 40 v. H. hinausgehen. Auf eine Aufhebung der Verkaufspreise bis auf weiteres nicht zu rechnen, da die Zulieferungen gering bleiben und der Spiritus in erster Reihe für technische Zwecke verwendet werden soll.

Weizenmehlpreis. Die E. S. D. Mühlenvereinsleitung hat den Preis für Weizenmehl Spezial 0 auf 74 000 M für 100 Kg. festgesetzt.

Der Stadt sind Herren-, Damen- und Kinderstiefel angeboten. Preis für Kinder ca. 8000 M., für Erwachsene ca. 16000 M. Bestellungen hierauf können auf dem Meldeamt in den nächsten 2 Tagen gemacht werden.

Wildbad, den 13. Januar 1923.

Stadtschultheißenamt.

Bekanntmachung.

Morgen vormittag haben die Bäcker und Mehlhändler die bis 15. Januar gültige Brotmarken abzugeben. Gleichzeitig sind auch die leeren Mehlsäcke zurück zu bringen.

Stadt. Mehl- und Futtermittelabgabe.

Bekanntmachung.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung sind für die Zeit vom 1. Januar 1923 an durch Marken zu entrichten.

Jeder Versicherte muß sich eine neue Versicherungskarte ausstellen lassen.

Wir fordern daher die der Angestelltenversicherung unterliegenden Personen auf, sich am Mittwoch, den 17. Jan. 1923 vormittags zwischen 9 und 12 Uhr bei der unterzeichneten Ausgabestelle zwecks Ausstellung der neuen Versicherungskarte einzufinden. Die bisherige Versicherungskarte ist mitzubringen. Wer eine solche noch nicht besitzt, muß sich ausweisen.

Der Verkauf der Marken der Angestelltenversicherung erfolgt nur durch die Postanstalten.

Wildbad, den 13. Januar 1923.

Ortsbehörde für die Angestelltenversicherung in Wildbad.
Oubub.

W. B. W.

Der Bedarf an Weinzucker, sowie von Cols und Kohlen wolle bis spätestens 17. Januar bei Herrn Josef Mayer, Rfm., Karlsstraße angemeldet werden.

Der Vorstand.

Bei Husten, Heiserkeit, **Hama-Tee**

Lungenleiden trinkt
Bei Magenbeschwerden aller Art, saurem Aufstossen
Sodbrennen, Appetitlosigkeit etc., nimmt

Hama-Magentropfen.
Vorrätig in der Stadt-Apotheke.

Parisa

Leipzig, 12. Jan. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 1 Ferkel, 8 Ochsen, 6 Kühe, 8 Rinder, 3 Kalbinnen. Die Qualität war gut. Käufe wurden nur 10 abgeschlossen, und zwar bei sehr hohen Preisen, die sich bewegten für Kühe zwischen 250 000-400 000 M., Rinder zwischen 200 000 und 450 000 M., Rinder zwischen 172 000 und 280 000 M.

Speisingen, 13. Jan. Auf dem Viehmarkt waren 22 Kühe, 9 Kalbinnen, 6 Ochsen und 12 Rinder zugeführt. Bezahlt wurden für Kühe 300 000 bis 700 000 Mark, Kalbinnen 200 000 bis 600 000 Mark, Rinder 185 000 bis 290 000 Mark. Das Paar Milchschweine kostete 38 000 bis 55 000 Mark.

Deutsche Täuschungsmanöver?

Ein an maßgebender Stelle unterrichteter Mitarbeiter schreibt uns: Das britische Entschädigungsprogramm für die Pariser Konferenz ist der Berliner Regierung in höflicher Form überreicht worden. Diese Aufmerksamkeit hat in diplomatischen und politischen Kreisen wohl getan und man fühlt, daß man es der englischen Diplomatie und den dahinter stehenden amerikanischen Einflüssen zu danken hat, wenn Staatssekretär Bergmann in Paris trotz des französischen Widerstandes schließlich doch noch zu Worte kommt. Ueberhaupt kann man vom deutschen Standpunkt aus mit dem bisherigen Verlauf der Pariser Konferenz zufrieden sein. Die englischen Vorschläge zeigen, wie die Londoner Presse in ihren Besprechungen hervorhebt, endlich einen gangbaren Weg zum Frieden, ja sie bedeuten den ersten kühnen Versuch, von der bisherigen Behandlung der Entschädigungsfrage, wie sie seit dem Versailler Vertrag gehandhabt wurde, abzuweichen und sie nicht als politische, sondern als geschäftliche Angelegenheit aufzufassen.

Auffallend ist die vielfache Uebereinstimmung des englischen Programms mit den von Reichskanzler Cuno nach Paris übersandten Angeboten. Aber niemand hat vom anderen abgeschrieben. Die Uebereinstimmung ist die Folge der gründlichen Erörterung in der internationalen Presse und des gehäuften Materials der Sachverständigen. Wo die Mehrheit besonders groß ist, wirkt wahrscheinlich die helfende Hand der amerikanischen Vermittler mit, die emsig wie Weberhiffeln zwischen den Nationen Europas manövrieren hin und her führen. Die Uebereinstimmung gewisser Forderungen und Zahlen

im englischen Programm und in den deutschen Angeboten ist deshalb deshalb erfreulich, weil der Ministerpräsident Frankreichs nun unmöglich den beleidigenden Vorwurf: „grobes Täuschungsmanöver“ und: „gefährliche Heuchelei“, den er angesichts des Gattesfriedens-Angebots geäußert, gegenüber den Bergmannschen Protokollen wiederholen kann. Denn damit würde er auch dem „herzlich verbündeten“ England ins Gesicht schlagen. Im übrigen muß man es Herrn Poincaré überlassen, sich dem abzufinden, daß zwischen dem englischen Programm und den amerikanischen Plänen, soweit sie bis jetzt bekannt geworden sind, nicht der geringste Unterschied besteht und daß Bonar Law sogar die Hughesische Anregung eines internationalen Schlichtungsgerichts bereits in sein Programm hineingearbeitet hat.

Daß in dem unfairen Dokument der Londoner Regierung sich auch manche Punkte finden, die von deutscher Seite angeklagt und zum Teil bestritten werden müssen, ist selbstverständlich. Die Entfremdung der Nationen, die Unkenntnis über das, was der Versailler Vertrag dem deutschen Volk und dessen Besitz entzogen den 14 Wilsapunkten angeht, ist bei den „Siegern“ des Weltkriegs so groß, daß sich auch in dem teils läßt, rechnenden, teils geradezu wohlwollenden englischen Programm Irrtümer befinden, die der Richtigstellung bedürfen. Zu diesem Zweck weist der deutsche Unterhändler Bergmann in Paris, und es wäre für die deutsche Diplomatie allerdings ein schwerer Schlag, wenn es nicht gelingen sollte, die Anhörung des deutschen Staatssekretärs gegen den französischen Widerstand durchzuführen.

Kartoffelerzeugung aus der Ernte 1922. Die Verfügung des Ernährungsministeriums und der Landesverwaltungsstelle über die Kartoffelerzeugung aus der Ernte 1922 vom 28. Sept. 1922 wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Viehändlerverband. Die christlichen Viehhändler in Baden haben sich zu einem „Verband badischer christlicher Viehhändler“ zusammengeschlossen. Die Organisation, deren Vorsitzender B. Böhr in Altheim ist, hat sich die Gleichberechtigung aller Viehhändler zum Ziel gesetzt.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNION-AMERICAN LINES INC
NACH
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwas nützliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Ankünfte und Abfahrten durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter bei:
STUTTGART: Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie, Hans Bornbrock, Schloßplatz, 6.
WILDBAD: Vertr. Chr. Schmid & Sohn, Kgl. Karlsstr. 68, Cigarrengrub.-u. Kleinvertr. - Exp.

Ungebleichtes Baumwolltuch

fast unzerwühllich, per Meter M. 980.—

Weißes Hemdentuch, erstklassig, per Meter M. 1050.—
Hemdenflanell, fast unzerwühllich, per Meter M. 1080.—
Schlafdecken, lamelhaarförmig, über 2 Pfund schwer, 140/190 cm groß, gute weiche Qual., per Stück M. 2800.—
Versand sofort per Nachnahme. Wenn nicht entsprechend, Betrag retour, deshalb keine Musterendung.

Josef Witt, Versandgeschäft, Weiden 442, Oberpfalz.

Gersters Nähmaschinen

liefert
bei günstigen Zahlungs-Bedingungen unsere Zweigstelle
Andreas Binder, Pforzheim, Pfarrgasse 7.
Anfrage per Postkarte, komme ins Haus.

: Die Zeit :
mit Industrie und Handelsblatt
Zentralorgan
der Deutschen Volkspartei
ist
das Blatt für politische und wirtschaftl. Aufbau, f. nationale Erneuerung.
das Blatt für freies geistiges Deutschland, für deutsche Kunst u. Wissensch.
das Blatt für planmäßige Erstickung u. Wiederaufrichtung von Handel und Industrie.
das Blatt für Jugenderkäftigung und Sport, für die Frau im Haus und öffentlichen Leben.
Sonderbeilagen:
„Zeitsimmen“, „Schaf. ende Jugend“ ufw.
Bestellungen bei allen Postanstalten [10. Nachtrag Postzeitungsliste 1922] oder bei der Hauptgeschäftsstelle Berlin S. W. 48, Wilhelmstr. 8/9

Düten u. Beutel,
sowie
Einwickelpapier
empfiehlt billigst
E. Reinhardt.

Alle Musik-Instrumente
für Haus und Orchester von den einfachsten bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl
Musik-Haus Curtz
Großhandel und Einzelverkauf
Pforzheim, Leopoldstr. 17
(Altstadt, Kleinhändl. - Kohlenstr.)

Frauen! Ausschneiden!
Warten Sie nicht bis morgen, sondern schneiden Sie sofort, wie lange Sie klagen, helfe Ihnen sofort mit meinem ärztlich begutachteten hygienischen Mittel.
Garnitur Stärke I und extra starke Tropfen auch in den hartnäckigsten Fällen (organische Veränderungen ausgeschlossen). Erfolg oft in 1-3 Tagen ohne Betäubung. Garantiert unschädlich. Garantiert jeder Sendung beigelegt.
Danke schreiben: Frau A. aus L. schreibt: „Alber Kaut hat bei Erfolg. Derzeitigen Dank.“ Frau E. Sch. aus S. schreibt: „Hofe Sorelle hatte ich von Ihnen. werde Sie weiter empfehlen.“ Frau H. aus L. schreibt: „Vor einigen Monaten leidete mit Ihre Sendung verlässliche Dienste, bitte dieselbe noch einmal.“
**W. Gurski, Charlottenburg 2/2131
Grolmanstraße 37.**



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, u. Blumenstr.
Ecke Metzger-